

Podiumsdiskussion „Inklusive Bürgerbeteiligung“

Bürgerbeteiligung, die allen Menschen offen steht. Dies war das Thema einer Podiumsdiskussion am 8. Mai in der Volkshochschule in Elberfeld. Gäste aus Wissenschaft, Verwaltung und Stiftungswesen sprachen gemeinsam mit dem Publikum über Wege, wie sich Menschen, die typischerweise nicht an Bürgerbeteiligungsprojekten teilnehmen, für mehr Beteiligung begeistern lassen. Zu Gast waren Herr Ambrée von der Montag-Stiftung, Frau Rosenecker von der Stabsstelle Bürgerbeteiligung Solingen und Frau Zeybek aus dem Beirat Bürgerbeteiligung und gleichzeitig wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Demokratie- und Partizipationsforschung in Wuppertal. Frau Zeybek ist zudem Stadtverordnete im Rat der Stadt Wuppertal. Im Folgenden soll ein Überblick über die Kerninhalte des Abends gegeben werden. Im ersten Teil werden zunächst die allgemeinen Gütekriterien beschrieben, welche aus Sicht der Podiumsgäste grundlegend sind für nachhaltig erfolgreiche Bürgerbeteiligung, die möglichst viele Menschen zur Teilnahme motivieren soll. Anschließend werden mögliche konkrete Maßnahmen sowie Beispielprojekte erläutert.

Der Anspruch an inklusive Bürgerbeteiligung – allgemeine Gütekriterien:

Transparenz

Den Bürgerinnen und Bürgern müsse der Rahmen klar verständlich offengelegt werden, also was möglich ist und was nicht. Nur wenn von vornherein keine falschen Erwartungen über die Ziele und möglichen Ergebnisse des Beteiligungsverfahrens entstehen, kann Enttäuschung und daraus resultierendes Desinteresse verhindert werden. Dazu gehört auch, dass klar kommuniziert wird, an welchen Stellen der Verwaltung und der Politik Grenzen gesetzt sind, auf die sie keinen Einfluss haben. Beispielsweise durch Gesetze oder Sparvorgaben von Land und Bund. Hier kann eine transparente Kommunikation Missverständnissen vorbeugen.

Offenheit

Zum einen Offenheit der Verwaltung gegenüber neuen Verfahren und Methoden, zum anderen Ergebnisoffenheit. Man dürfe nicht den Fehler begehen, seine eigenen Ziele mithilfe einer Scheinbeteiligung lediglich legitimieren zu wollen und den Bürger damit vor bereits vollendete Tatsachen zu stellen. Auch eine ehrliche Selbstreflexion der Verwaltung gehört dazu. Denn nur, wenn der Erfolg der angewendeten Verfahren realistisch bewertet wird, können sinnvolle Verbesserungen vorgenommen werden. Das bedeutet auch, dass Scheitern erlaubt sein muss, um neue Wege zu testen.

Gestaltungsspielraum

Menschen, die ihre Zeit investieren, wünschen sich einen tatsächlichen Spielraum, ihre Umwelt zu gestalten sowie handfeste Ergebnisse, an denen der Erfolg der Beteiligung für alle sichtbar wird. Bürger*innen, als Expertinnen und Experten ihres Lebensumfeldes, sollten von Politik und Verwaltung als ebenbürtige Gesprächspartner*innen behandelt werden.

Verbindlichkeit

Die Ergebnisse solcher Beteiligungsprojekte müssen eine gewisse Verbindlichkeit für die Entscheidungsträger*innen haben. Dies setzt, wie bereits genannt, voraus, dass nicht die eigenen Ziele im Vordergrund stehen, sondern den Bürger*innen zugestanden wird, ihr Lebensumfeld selbst am besten gestalten zu können. Werden die Ergebnisse von Beteiligungsverfahren wiederholt missachtet, führe dies zu Frustration und Resignation unter den Bürger*innen.

Repräsentativität

Bürgerbeteiligung, die in der Theorie allen offensteht, aber in der Praxis nur von einem kleinen, sehr homogenen Kreis genutzt wird, das ist zumeist die Realität. Ergebnisse, die nicht nur die Interessen Weniger bedienen sollen, brauchen aber in ihrem Aushandlungsprozess Menschen verschiedenster Hintergründe. Die Teilnehmer der Beteiligungsprojekte sollen also im Idealfall ein nahezu repräsentatives Abbild der Gesellschaft darstellen.

Niedrigschwelligkeit

Gerade Menschen, die sich bisher nicht beteiligt haben, würden durch zu hohe Hürden, wie beispielsweise Veranstaltungen, die einen formellen Rahmen aufweisen oder einen unverhältnismäßig hohen Aufwand für eine Teilnahme, abgeschreckt. Angebote müssten daher auf die Leute zu gehen und nicht darauf warten, dass die Menschen das Angebot von sich aus aufsuchen. Man müsse die Bürger*innen in ihrem Lebensumfeld erreichen und sie zunächst für die Themen aktivieren, die für sie ganz persönlich von Interesse sind, um so einen Zugang und Verständnis für Beteiligung allgemein zu schaffen. Für viele Bürger*innen seien es zu aller erst Themen des Alltags, die sie beschäftigen und zu denen sie sich mehr Mitsprache wünschen. Bei der Gestaltung der Angebote sollte darauf geachtet werden, dass die Teilnahme auch praktisch allen Menschen möglich ist, unabhängig von Herkunft, Geschlecht, Alter, Bildungsstand und Einkommen. Dazu gehört auch, dass passende Angebote für körperlich und/ oder kognitiv benachteiligte Menschen geschaffen werden, sodass für niemanden unüberwindbare Hürden entstehen.

Mögliche Wege zu einer inklusiven Beteiligung

Unsere Gäste verfolgen unterschiedliche Ansätze um in ihren Bereichen Beteiligungsangebote für alle Bevölkerungsgruppen zu öffnen und die genannten Gütekriterien zu erfüllen. Herr Ambrée stellte das Konzept der Montag-Stiftung vor, das auf dem Kauf von Immobilien vor Ort fußt. Frau Rosenecker aus Solingen präsentierte ein flexibles Modell, in dem mit einem Beteiligungsmobil verschiedene Orte der Stadt angefahren werden, um mit Bürger*innen ins Gespräch zu kommen. Frau Zeybek stellte einen von der Wissenschaft entwickelten Ansatz vor, der die Repräsentativität der Teilnehmenden und deren „Empowerment“ in den Fokus rückt.

Zugang durch Immobilien vor Ort

Die Montag-Stiftung verfolgt den Ansatz, über Immobilien in den Gebieten, in denen sie die Menschen erreichen möchte, einen greifbaren und vor Ort präsenten Zugang zu schaffen. Dieser soll den Menschen die Möglichkeit bieten, mit Stiftungsmitarbeiter*innen und auch mit anderen Bürger*innen ins persönliche Gespräch zu kommen. Von diesem Ankerpunkt aus können die Projekte dann in das jeweilige Programmgebiet hineingetragen werden und sind so im wahrsten Sinne des Wortes nah an den Bürger*innen. Der Zugang direkt vor Ort bietet nicht nur die Chance, dass sich verhältnismäßig mehr und vor allem andere Menschen als die „üblichen Verdächtigen“ beteiligen, sondern kann darüber hinaus zur Vernetzung der Bewohnerinnen und Bewohner untereinander und damit zu einer langfristigeren Aktivierung führen.

Botschafter*innen

Um von der Immobilie aus tatsächlich den Kontakt zur Bevölkerung herzustellen und dabei auch mehr als nur „die üblichen Verdächtigen“ zu erreichen, setzt die Stiftung auf Mittler*innen aus jeder Gesellschaftsgruppe. Diese sollen für Beteiligung begeistert werden und einerseits als

Ansprechpartner*innen für die Projektdurchführenden dienen, andererseits als Multiplikatorinnen und Multiplikatoren ihre Gruppe zur Teilnahme motivieren. Konkret können diese Personen über lokale Vereine und Organisationen gewonnen werden.

Gemeinschaft

Wie bereits eingangs erwähnt, können Menschen durch zu hohe Hürden demotiviert werden. Angebote, die neue Zielgruppen erreichen möchten, sollten daher leicht zugänglich und informell sein. Konkret bieten sich dabei zunächst unverbindliche vor Ort Aktivitäten an, wie zum Beispiel gemeinsames Gärtnern oder die sogenannte Viertelküche, bei der Menschen über gemeinsame Kochveranstaltungen zusammengebracht werden. So kann in einer lockeren Atmosphäre ein Austausch über Probleme im und Ideen für das Viertel gesprochen werden, ohne dass ein allzu formeller Rahmen abschreckend wirkt. Dennoch ist es auch hier wichtig, die Menschen beispielsweise über Community-Botschafter*innen für solche Veranstaltungen zu sensibilisieren und zur Teilnahme zu motivieren.

Perspektiven

Die Stiftung habe zudem die Erfahrung gemacht, dass es wichtig sei, den Menschen eine für sie persönlich reizvolle Perspektive für bestimmte Beteiligungsprojekte zu bieten, wenn diese dauerhaft etabliert werden sollen. Projekte, die nachhaltig entwickelt werden sollen, könnten beispielsweise durch ein Fernziel wie der Schaffung einer Projektgemeinschaft oder eines Vereins eine berufliche Zukunft für engagierte Bürger*innen bieten.

Nachhaltigkeit

Die Gründung einer Organisation aus einem Beteiligungsprojekt heraus ermöglicht es außerdem, die Führung langfristig in Bürgerhand zu übergeben, sodass eine Selbstverwaltung durch die Betroffenen vor Ort etabliert werden kann.

Flexibilität

Auch Solingen verfolgt ein aufsuchendes Modell, in dem die Bürger in ihrem Lebensumfeld „abgeholt“ werden. Allerdings nicht mithilfe von festen Immobilien, sondern indem Mitarbeiter*innen der Verwaltung mit einem „Beteiligungsmobil“ – einem umgebauten Bauwagen – in verschiedenen Stadtteilen für die Bürger präsent sind. Dahinter steckt der Gedanke „die Verwaltung kommt zum Bürger“. Durch die Flexibilität des Beteiligungsmobils können so auch gezielt die Orte angesteuert werden, in denen Bürger*innen sich in der Regel weniger beteiligen und so auch denjenigen eine Stimme gegeben werden, die sonst ungehört bleiben. Der Kontakt zu den Menschen in ihrem eigenen Lebensumfeld erhöht somit auch hier die Chance, dass mehr Menschen erreicht werden, die sich typischerweise nicht beteiligen. Ein weiterer Gedanke ist, die Menschen über das Beteiligungsmobil nicht nur bei großen, gesamtstädtischen Projekten aufzusuchen, sondern flexibel zu stadtteilspezifischen Themen zu beteiligen. Dadurch sind die Projekte greifbarer und haben eine größere persönliche Relevanz für die Aufgesuchten, was die Chance erhöht, dass sie einer Beteiligung aufgeschlossen gegenüberstehen.

Zufallsauswahl

Da es schwer ist, das Gütekriterium der Repräsentativität zu gewährleisten, könnte über das Instrument der Zufallsauswahl die Heterogenität der Teilnehmenden erhöht werden. Dies hätte zur Folge, dass zum einen voraussichtlich die Akzeptanz des Ergebnisses steigt und zum anderen Menschen, die sich vorher nicht beteiligt haben, als Botschafter ganz neue Gesellschaftsgruppen

erreichen können. Mit dieser Methode können Menschen unabhängig von ihrer Nutzung der üblichen Kanäle wie Zeitung oder Social Media erreicht werden.

Die Planungszelle

Praktische Anwendung findet die Zufallsauswahl in Projekten, die Frau Zeybek als wissenschaftliche Mitarbeiterin begleitet hat. Das Prinzip ist simpel und effektiv: aus dem Einwohnermelderegister einer Stadt werden zufällig Bürger*innen eingeladen an einer Bürgerwerkstatt teilzunehmen, in der sie ohne Einfluss von Politik oder Verwaltung selbstständig eine Problemlösung erarbeiten können. Es ist kein Vorwissen notwendig, da die Bürger*innen zunächst durch Expertinnen und Experten informiert und auf einen Sachstand gebracht werden, der sie zur selbstständig Bearbeitung der Thematik befähigt. Diese Qualifizierung nennt man Empowerment. Danach tauschen sich die Bürger*innen frei und ohne Anleitung aus. Die Ergebnisse werden in einem Bürgergutachten Verwaltung und Politik vorgelegt. Teilnehmende werden so vergütet, dass ihnen kein Verdienstausschlag entsteht. Vorteile sind höhere Repräsentativität, keine Benachteiligung aufgrund von Bildungsstand oder Fähigkeiten und unabhängig von den finanziellen Mitteln der Teilnehmenden. Als Nachteile erweisen sich, dass Menschen ausgeschlossen werden, die nicht in der Stadt gemeldet sind, dort aber unter Umständen ihren Lebensmittelpunkt haben oder womöglich sogar gar keinen festen Wohnsitz. Das Verfahren der Zufallsauswahl kann prinzipiell auch bei kleineren Veranstaltungen angewandt werden und somit langfristig das Bewusstsein der Stadtbevölkerung für Beteiligung erhöhen.

Die nächste Generation

Als weiteres mögliches Ziel für eine Maßnahme sahen die Gäste Schulen, denn dort findet sich die nächste Generation von Bürger*innen, die noch keine festen Ressentiments gegenüber Politik und Verwaltung entwickelt haben. Frau Rosenecker schlug daher vor, beispielsweise den Politikunterricht so zu ergänzen, dass Schüler*innen bereits früh ein grundlegendes Verständnis für die spezifischen Beteiligungsmöglichkeiten in ihrer Stadt entwickeln und die darin schlummernden Potentiale und Grenzen erkennen. Eine andere Möglichkeit wären Projektstage zum Thema Beteiligung, welche die Stabsstellen oder von ihnen Beauftragte, an Schulen durchführen könnten, oder auch Veranstaltungen, welche die Schulen gezielt mit ins Boot holen.

Ergänzend zu den Schulen gibt es auch die Möglichkeit über die Kooperation mit Jugendzentren oder Vereinen junge Menschen schon frühzeitig von den Vorteilen ihrer Beteiligung zu begeistern. Der Vorteil an den Schulen ist aber ganz klar, dass aufgrund der allgemeinen Schulpflicht alle jungen Menschen, ohne Ausschluss bestimmter Gruppen, eingebunden werden.

Bei alledem ist jedoch stets zu bedenken, dass den Bürgerbeteiligungseinheiten der Verwaltungen in der Regel nur wenig Personal und auch nur begrenzte Mittel zur Verfügung stehen. Sie stehen deshalb unter dem Zwang Schwerpunkte zu setzen. Daraus ergibt sich für die Verwaltung aber auch die Pflicht, die nötigen Mittel zur Erfüllung ihres Auftrages einzufordern und das Anliegen der Bürgerbeteiligung vor der Politik zu vertreten.

Zusammenfassend kann man sagen, dass Inklusion nicht nur eine Herausforderung für Bürgerbeteiligung darstellt, sondern als gesamtgesellschaftliche Aufgabe zu verstehen ist. Kommunen, Organisationen und auch Bürger*innen haben in letzter Zeit zwar wichtige Schritte in Richtung Inklusion unternommen, es bleibt aber noch ein langer Weg hin zu einer Gesellschaft, in der tatsächlich jeder die Möglichkeit hat sich zu beteiligen.